

Rechtliche Anforderungen an amtliche Bekanntmachungen im digitalen Zeitalter

[Zurück](#)

06.10.2025

Amtliche Bekanntmachungen sind ein zentrales Instrument der kommunalen Verwaltung. Sie gewährleisten Transparenz, Rechtsklarheit und Bürgerbeteiligung. Mit dem digitalen Wandel stellt sich jedoch die Frage: Welche rechtlichen Anforderungen gelten für die digitale Veröffentlichung dieser Bekanntmachungen? In diesem Artikel werden die wichtigsten gesetzlichen Grundlagen erläutert, typische Stolperfallen aufgezeigt und Handlungsempfehlungen für Kommunen gegeben.

Gesetzliche Grundlagen für digitale Bekanntmachungen

Die rechtliche Grundlage für amtliche Bekanntmachungen bildet in Deutschland das Gesetz über die Verkündung von Gesetzen und Rechtsverordnungen sowie über Bekanntmachungen (Verkündungs- und Bekanntmachungsgesetz – VkBkmG). Dieses Gesetz regelt die ordnungsgemäße Bekanntgabe von Rechtsvorschriften und Verwaltungsakten. Es legt fest, dass Bekanntmachungen in der Regel in einem amtlichen Verkündungsblatt erfolgen müssen. Mit der fortschreitenden Digitalisierung wurden jedoch Anpassungen vorgenommen, um auch



digitale Bekanntmachungen rechtlich zu legitimieren.

Ein bedeutender Schritt in diese Richtung war die Änderung des Gemeinde- und Landkreiswahlgesetzes sowie der Bekanntmachungsverordnung im Jahr 2023. Diese Änderungen ermöglichen es Kommunen, amtliche Bekanntmachungen vollständig digital durchzuführen, sofern bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind

Wesentliche Anforderungen an digitale Bekanntmachungen

Damit digitale Bekanntmachungen rechtlich anerkannt sind, müssen sie bestimmte Kriterien erfüllen:

- **Zugänglichkeit:** Die Bekanntmachungen müssen für alle Bürgerinnen und Bürger leicht zugänglich sein. Dies bedeutet, dass sie auf einer öffentlich einsehbaren Plattform veröffentlicht werden müssen, die keine technischen Barrieren aufweist.
- **Archivierung:** Um die Nachvollziehbarkeit und Beweiskraft zu gewährleisten, müssen digitale Bekanntmachungen ordnungsgemäß archiviert werden. Dies erfolgt in der Regel durch Speicherung in einem digitalen Archivsystem, das den gesetzlichen Aufbewahrungsfristen entspricht.
- **Nachweisbarkeit:** Es muss eindeutig dokumentiert werden können, wann und wie eine Bekanntmachung erfolgt

Typische Stolperfallen und wie man sie vermeidet

Bei der Umsetzung digitaler Bekanntmachungen können verschiedene rechtliche Fallstricke auftreten:

- **Unzureichende Barrierefreiheit:** Wenn die Plattform, auf der die Bekanntmachungen veröffentlicht werden, nicht barrierefrei ist, kann dies die Rechtsgültigkeit gefährden. Kommunen sollten daher sicherstellen, dass ihre Websites den Anforderungen der Barrierefreie-Informationstechnik-Verordnung (BITV) entsprechen.
- **Fehlende elektronische Signaturen:** Ohne geeignete Nachweismethoden wie elektronische Signaturen kann die Authentizität einer Bekanntmachung in Frage gestellt werden. Es empfiehlt sich, qualifizierte elektronische Signaturen gemäß dem Signaturgesetz zu verwenden.
- **Unzureichende Archivierung:** Werden Bekanntmachungen nicht ordnungsgemäß archiviert, können sie

ist. Dies kann durch Zeitstempel, elektronische Signaturen oder andere geeignete Verfahren geschehen.

später nicht mehr nachvollzogen werden. Kommunen sollten daher in ein sicheres und gesetzeskonformes Archivsystem investieren.

Handlungsempfehlungen für Kommunen

Um digitale Bekanntmachungen rechtssicher umzusetzen, sollten Kommunen folgende Schritte beachten:

1. **Rechtliche Prüfung:** Vor der Einführung digitaler Bekanntmachungen sollte eine rechtliche Prüfung erfolgen, um sicherzustellen, dass alle gesetzlichen Anforderungen erfüllt sind.
2. **Barrierefreie Plattform wählen:** Die gewählte Plattform für die Veröffentlichung sollte den Anforderungen der BITV entsprechen und somit für alle Bürger zugänglich sein.
3. **Elektronische Signaturen einsetzen:** Zur Sicherstellung der Nachweisbarkeit sollten qualifizierte elektronische Signaturen verwendet werden.
4. **Archivierungssystem etablieren:** Ein sicheres und gesetzeskonformes Archivierungssystem ist unerlässlich, um die Aufbewahrungsfristen einzuhalten und die Nachvollziehbarkeit zu gewährleisten.
5. **Schulung des Personals:** Das Verwaltungspersonal sollte in den rechtlichen Anforderungen und technischen Aspekten der digitalen Bekanntmachung geschult werden.

Die Digitalisierung der amtlichen Bekanntmachungen bietet Kommunen zahlreiche Vorteile, wie Kosteneinsparungen und eine höhere Reichweite. Gleichzeitig müssen jedoch die rechtlichen Anforderungen beachtet werden, um die Rechtsgültigkeit und Nachvollziehbarkeit zu gewährleisten. Durch sorgfältige Planung, die Auswahl geeigneter Technologien und die Schulung des Personals können Kommunen digitale Bekanntmachungen erfolgreich und rechtssicher umsetzen.

Das digitale Amtsblatt-System von RegioKommunal erfüllt alle Voraussetzungen für ein rechtssicheres Amtsblatt.

Gerne beraten wir Sie persönlich und stellen Ihnen unser System in einem Termin vor – wahlweise vor Ort oder bequem per Online-Video-Call.

Nehmen Sie einfach Kontakt mit uns auf!

Jetzt mehr erfahren!

Bildquellen:

Gesetz Anwalt Rechtsanwalt - Kostenloses Foto auf Pixabay |
<https://pixabay.com/de/photos/taschenrechner-berechnung-385506/>

RegioKommunal
deutschundfranke
mediadesign GmbH
Bürgermeister-Beck-Ring 14
72336 Balingen

Kontakt
Telefon: 07433-3094612
E-Mail: info@regio-kommunal.de
Zum Kontaktformular

[RegioKommunal](#) | [Kontakt](#) | [Impressum](#) | [Datenschutz](#) | [AGB](#) |
[Informations-Journal](#) | [Cookies](#)